

Frankreich

Armee gegen Randalierer?

Das französische Militär hat damit begonnen, Soldaten für den Straßenkampf auszubilden und entsprechend auszurüsten. Das Pariser Verteidigungsministerium begründet das Stadtguerilla-Training, das vorerst auf das 27. Gebirgsjägerbataillon beschränkt ist, mit den Erfahrungen aus Einsätzen im Uno-Auftrag in Ex-Jugoslawien oder Afrika: Angesichts der weltweiten Urbanisierung würden Aufstände und Bürgerkriege zunehmend in Städten ausgekämpft. Linke Politiker fürchten indes, die Soldaten bereiteten sich in Wirklichkeit auf die Terroristenbekämpfung daheim vor, aber auch auf den Einsatz gegen die überwiegend farbigen Krawallmacher in den von Unruhen erschütterten Vororten der Großstädte. Die Militärs, vermutet ein Polizeigewerkschafter, hielten den Zeitpunkt für die Ausweitung ihrer Aufgaben auf den zivilen Schutzsektor für günstig, weil sich die Franzosen nach Attentaten moslemischer Extremisten zunehmend ängstigen. Die Gebirgsjäger erhalten wie Anti-Terror-Einheiten der Polizei Nachtsichtgeräte sowie Laser-Ausrüstungen für ihre Sturmgewehre, kugelsichere Westen und leichte Panzerfahrzeuge. Bereits jetzt verstärken im Rahmen des Terror-Notstandsplans „Vigipirate“ etwa 4500 Soldaten die Ordnungshüter bei der Überwachung von Bahnhöfen und Flughäfen.



Fallschirmjäger bei Sicherheitskontrolle in Paris

AFP/JDA



Ex-Untergrundpriesterin Javorová

KIRCHE INTERN

Tschechien

Priesterin outet sich

Gerüchte hatte es schon lange gegeben, daß zur Zeit des Kommunismus in der tschechoslowakischen Untergrundkirche auch Frauen zu katholischen Priesterinnen geweiht wurden. Nun bekannte sich mit Ludmila Javorová, Generalvikarin des damaligen Untergrundbischofs Felix Davidek in Brünn, erstmals eine Priesterin öffentlich. Ihre männlichen Amtskollegen, klagte sie nach dem Outing, seien ihr jedoch mit Mißtrauen begegnet. Die Priester „verkraften es einfach nicht“, so Javorová, „daß auch Frauen dieses Amt ausüben“. Auf einen Brief, in dem die Lehrerin ihre Weihe bereits vor geraumer Zeit dem Papst gebeitet hatte, reagierte Rom nicht.

China

Agent willkommen

Kaum hat Bundeskanzler Helmut Kohl im Hinblick auf seine geplante Pekinger Reise Mitte November die Chinapolitik zur Chefsache erklärt, rückt die Volksrepublik beim Bundesnachrichtendienst (BND) in den Rang einer befreundeten Nation auf. Die Pullacher Behörde will in Peking eine offizielle Niederlassung etablieren – für ein kommunistisches Land ein bisher einzigartiger Vorgang. In der Vergangenheit residierte Pullachs Mann unter dem Deckmantel eines Diplomaten in der politischen Abteilung der deutschen Botschaft. Doch nach den jüngsten Plänen entsendet die für Asien und die Dritte Welt zuständige Unterabteilung 13 des BND im nächsten Herbst mit Billigung der kommunistischen Behörden einen Mitarbeiter nach Peking. Die „Residentur“, so die Geheimdienstdiktion für die BND-Arbeitsstelle, soll in der deutschen Botschaft untergebracht werden. Im Gegenzug darf der gefürchtete chinesische Geheimdienst Anquanbu einen Mitarbeiter im neugeschaffenen chinesischen Generalkonsulat in München unterbringen. Kern der Zusammenarbeit soll die Auswertung von elektronischem Material sein, das die Chinesen in Horchposten entlang der Grenzen zu den GUS-Staaten aufnehmen. Pullach versorgt Peking mit in Europa gewonnenen Informationen über Westrußland.

Nato

Lubbers' kleiner Makel

Auch der voraussichtliche Nachfolger des wegen seiner Verstrickung in eine Schmiergeldaffäre zurückgetretenen Nato-Generalsekretärs Willy Claes, der Holländer Ruud Lubbers, hat Politik und Geschäft schon einmal vermischt. Anfang der achtziger Jahre baute das Familienunternehmen des studierten Ökonomen Lubbers, die Hollandia Kloos, für die staatliche Kuwait Airways Corporation eine Flugzeughalle. Die Kuweiter zahlten aus der Sicht der Firma 13 Millionen Gulden zu wenig. Der Premierminister Lubbers kümmerte sich persönlich um die Eintreibung der Schulden. Er forcierte die diplomatischen Beziehungen zu Kuwait ein, drohte zweimal brieflich Kronprinz Saad el-Abdullah mit weiteren Konsequenzen, falls der die Millionen nicht überweise, und verbot seinem Außenminister, den kuweitischen



Lubbers

HOLLANDE HOOGTE

Botschafter weiter zu empfangen. Lubbers' Erklärung, als die Opposition sich über seine privatgefärbte Außenpolitik erregte: Er sei lediglich seiner Verpflichtung als Regierungschef nachgekommen, Schulden für holländische Staatsbürger einzutreiben.